

Wie sieht die Einsatznachsorge aus?

Marxen: Wir werden Einsatzleiter vor und während der Einsätze beraten. Nach kritischen Einsätzen werden wir eine kurzfristige psychosoziale Betreuung von Einsatzkräften anbieten und bei Bedarf auch strukturierte Einsatznachbesprechungen leiten. Dabei arbeiten wir nach der CISM (Critical Incident Stress Management)-Methode. Das ist die weltweit verbreitetste Methode zur Nachbearbeitung von belastenden Ereignissen.

Wie ist der aktuelle Stand beim Aufbau der Psychosozialen Unterstützung in der Diözese Hamburg?

Marxen: Für alle Sparkassen in Schleswig-Holstein können wir schon in Extremsituationen, wie nach einem Banküberfall, eine Betreuung der Betroffenen anbieten. Zur Zeit führen wir in Zusammenarbeit mit dem Referat Notfallvorsorge in Hamburg, Lübeck und Timmendorfer Strand psychosoziale Grundlagenseminare durch. Aus diesen Kursen gewinnen wir Helfer für die PSU. Besonders freut mich, dass wir in unserer Arbeit bereits von sieben Firmen und Privatleuten finanziell unterstützt werden.

Das Gespräch mit Jens Norbert Marxen führte Helgard Grünanger vom Pressereferat des Malteser Hilfsdienstes in Hamburg.

Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

E-Government im Bereich von Katastrophenschutz und Katastrophenvorsorge

Allgemein ist festzustellen, dass moderne Managementmethoden und -technologien, wie sie in Wissenschaft und Forschung publiziert und in der Wirtschaft erfolgreich praktiziert werden, in die Praxis des Katastrophenmanagements noch sehr verhalten Einzug halten.

Aktuelle Aktivitäten konzentrieren sich hier bisher überwiegend auf Aspekte der IT-Sicherheit und des IT-Schutzes. Das Potenzial des E-Governments mit seinen Möglichkeiten der elektronischen Information und Kommunikation sowie vor allem auch der elektronischen Transaktion über das Internet wird im Katastrophenmanagement heute zu wenig genutzt. Gleichwohl bestehen inzwischen mit dem Deutschen Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS) erste Ansätze auf der Stufe der elektronischen Information. Von einem Ausbau zu einem echten elektronischen Portal sind wir jedoch noch ein Stück weit entfernt.

Die Bundesregierung hat 2002 Grundsatzüberlegungen für eine neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung vorgelegt. Diese sehen mittelfristig die Neuordnung der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge und deren Integration in eine internationale Sicherheitsarchitektur vor. Auch in dieser Studie wird für Deutschland festgestellt, dass im Zivil- und Katastrophenschutz die enormen Fortschritte von Wissenschaft, Forschung und Technik vor allem im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik nur sehr unzureichend berücksichtigt worden sind.



Hinzu kommt, dass in Deutschland der Katastrophenschutz aufgrund föderaler Strukturen nicht einheitlich konzipiert ist und im internationalen Vergleich über eine große Vielfalt von Hilfeleistungsträgern verfügt. Zwar bietet ein pluralistisch verfasstes System in seiner Vielfalt naturgemäß viele Stärken, beinhaltet hinsichtlich der Vernetzung der wichtigen Querschnittsfunktionen Führung, Kommunikation und Logistik jedoch auch zahlreiche Problemfelder. Wichtig ist deshalb ein institutionenübergreifendes Netzwerk, in dem von der Aufbau- und Ablauforganisation her Schutzressourcen modular und nach festgelegten Standards einsatzlogistisch miteinander verbunden werden können. Wenn also bei einem Großschadensereignis Polizei, Feuerwehren, Rettungsdienste, Organisationen des Katastrophenschutzes, Technisches Hilfswerk, Bundesgrenzschutz, Bundeswehr und gegebenenfalls weitere sicherheitsrelevante Einrichtungen effizient miteinander korrespondieren sollen, bedarf es zunächst einer an den Nahtstellen harmonisierten kooperativen Führungsorganisation. Es sind deshalb zunächst die organisatorischen, technischen und rechtlichen Voraussetzungen für ein „Computer Integrated Management“ für den Katastrophenschutz zu schaffen. Das neue Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) kann hinsichtlich der notwendigen disziplinübergreifenden Optimierung des Informations- Kommunikations- und Ressourcenmanagements Orientierung geben. Dabei kommt es auf die synergetische Nutzung aller bestehenden Potenziale an, die im Netzwerk leichter gelingt als in fest gefügten zentralen Strukturen. Erst wenn die Schnitt- bzw. Nahtstellenproblematik gelöst ist, können die Vorteile des E-Governments für den Bereich der inneren Sicherheit voll ausgeschöpft werden; ließen sich Schutz-Bausteine gleichsam nach dem „Lego-Prinzip“ fallbezogen flexibel aneinander fügen.

Noch wird die Planung und Organisation der Katastrophenvorsorge in Deutschland nicht als ganzheitlich zu lösende Gemeinschaftsaufgabe begriffen. Die Bundesländer leisten finanziell in der Regel gemessen an den Haushaltsansätzen keine nennenswerten Beiträge und haben die Aufgabe weitgehend auf die Kreise und kreisfreien Städte redelegiert. Instrumente für eine nationale Koordination und Steuerung sind erst langsam wieder im Entstehen.

Bei dem am 10. 8. 2004 von der Alcatel SEL Stiftung für Kommunikationsforschung am Hans-

Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg veranstalteten Symposium „Next Generation E-Government für die innere Sicherheit – Erfahrungen, Praxisberichte und Visionen“ diskutierten Experten aus Wissenschaft, Industrie, Polizei, Feuerwehr, Katastrophen- und Datenschutz Modelle und Perspektiven einer verbesserten informationstechnischen Vernetzung im Sicherheitsbereich.

Als Teilnehmer der Podiumsdiskussion bezog auch der Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaften des Katastrophenschutzes (ARKAT) und Präsident des Deutschen Schutzforums, Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Kühn, zu den Chancen des E-Governments im Bevölkerungsschutz Stellung:

Die elektronische Assistenz im Katastrophenschutz mit IuK-Techniken, Telematik/Telekommunikation sowie mobilem Monitoring von Schadens- und Einsatzsituationen müsse zunehmend zur selbstverständlichen Ausstattung der Einsatzkräfte gehören, um Lagen, die eines vernetzten integrierten Katastrophenmanagements bedürfen, effektiver und effizienter bewältigen zu können.

Darüber hinaus sollte im Rahmen einer Agenda 2014 für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe das Portfolio für eine nationale und europäische Gemeinschaftsaufgabe mit klaren Aufgabenverteilungen entwickelt werden; auch unter dem Aspekt, dass sich innere und äußere Sicherheit angesichts zunehmender Schnittmengen immer weniger voneinander trennen lassen.

Es müssen verlässliche Bedrohungs-, Gefahren- und Risikoanalysen zur lokalen, regionalen und überregionalen Vulnerabilität Deutschlands und Europas vorliegen. Für besondere Ereignisse im Bereich technogener oder biologisch-medizinischer Gefährdungen sollten wir über sinnvoll dislozierte Task-Forces mit Spezialkräften verfügen können, die im gesamten EU-Bereich schnell (Lufttransport) eingesetzt werden können.

Im Sinne eines ganzheitlich ausgerichteten Sicherheitsverständnisses müssen rechtlich, organisatorisch, technisch und finanziell die Voraussetzungen für eine modulare vertikale und horizontale Vernetzbarkeit aller Teilsysteme im Bereich der Sicherheitsvorsorge sowie die schnelle fraktale Aufwuchsfähigkeit und Integration der bisher in unterschiedlich verfassten Systemen existierenden Schutzkomponenten geschaffen werden, forderte Kühn.